Junge Welt / 20.04.2026 / Inland / Seite 5

Unten nehmen, oben geben

Neoliberale Sachverständige blasen zur Agenda 2035

Von Niki Uhlmann

Die *Bild* ist alarmiert: »Wir können uns weniger leisten als 2019«, titelte sie am Sonnabend. Wer die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft und die staatstragende Öffentlichkeit halbwegs aufmerksam verfolgt, dürfte zwar nicht überrascht sein, sich aber fragen, warum Springers Flagschiff diesen Umstand gerade jetzt per Schlagzeile in das Bewusstsein seiner Leser rückt. Die Antwort überlässt *Bild* einem für die Lobbyorganisation Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) tätigen Experten namens Michael Grömling: »Heute wie damals brauchen wir eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, damit mehr Menschen in Lohn und Brot kommen«.

»Seit Jahren schlafwandeln wir von einem Wirtschaftsschock in den nächsten, zwischenzeitliche Hoffnungsschimmer verschwinden«, erklärt sich der Ökonom und stützt sich dabei auf die »Konjunkturumfrage Frühjahr 2026«, die das IW vergangene Woche unter seinem Namen veröffentlicht hat. In der zugehörigen Mitteilung war zu lesen: »Fast 30 Prozent aller Unternehmen wollen 2026 Stellen streichen, 35 Prozent der befragten Unternehmen rechnen mit einem Rückgang ihrer Produktion. Fast 40 Prozent gehen davon aus, in diesem Jahr weniger zu investieren.« Profitable Kapitalverwertung scheint in der BRD nicht mehr möglich zu sein.

Grömlings Studie, »Erholung erneut auf dem Prüfstand«, begibt sich auf die Suche nach Ursachen. Wenig überraschend entdeckt sie den Krieg gegen den Iran, genauer die »Blockade der für die globale Versorgung mit Energie und teils weiterverarbeiteten Gütern wichtigen Seeroute« und die »Beschädigungen von Produktionsanlagen für die entsprechenden Güter« als »Versorgungsrisiken«. So würden nicht nur Energieträger zu Mondpreisen gehandelt, hätten die Preise für mineralische Rohstoffe und Metalle im Februar sage und schreibe 75 Prozent über dem langfristigen Durchschnitt gelegen, agrarische Rohstoffe ferner schon vor Kriegsbeginn »auf einem im intertemporalen Vergleich sehr hohen Niveau« rangiert und sich abermals verteuert.

Daraus ergäben sich »Sorgen hinsichtlich der industriellen Lieferketten und der eigenen Produktionsfähigkeiten«. So sei mit einer Teuerung auch der globalen Logistik zu rechnen und mit »einer möglicherweise eingeschränkten Produktion und Verfügbarkeit von Halbleitern«. Nicht zuletzt steige »durch höhere Volatilitäten, steigende Zinsen und Risikoprämien« die Gefahr von Krisen auf den internationalen Kapitalmärkten. In Kombination könnte der Krieg »die geoökonomische Fragmentierung und Blockbildung verschärfen« und weltweit in mehr »Unterstützung für Krieg« resultieren. Das alles erinnere »an die Situation im Frühjahr 2022, als sich die ebenfalls relativ guten

Wirtschaftsaussichten durch den Kriegsausbruch in der Ukraine innerhalb kurzer Zeit verflüchtigten«.

Um ihr Publikum so richtig auf den von Grömling angedeuteten Kurs einzuschwören, hat *Bild* gleichentags fünf weitere Ökonomen rangekarrt. »Steuerlast für die Mittelschicht senken, Staatsausgaben kürzen, Kosten für Gesundheit, Rente, Pflege in den Griff kriegen«, proklamierte da etwa Gunther Schnabl im Namen des Flossbach von Storch Research Instituts. »Ein großer Wurf für eine Agenda 2035, mit Gesundheits- und Rentenreform«, pflichtete Carsten Brzeski, Chefvolkswirt bei ING, bei und forderte zudem »Investitionen in erneuerbare und Atomkraft« sowie »kurzfristige Subventionen für Unternehmen«. Und der Dekabank-Chefvolkswirt Ulrich Kater wusste: »Sind Reformen glaubwürdig, stehen bereits ganz zu Anfang viele Investoren bereit, in Deutschland wieder zu investieren!«

Wie all das dem nationalen »Wir«, mit dem *Bild* den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit geschickt unterschlägt, mehr Kaufkraft bescheren soll, ist fraglich. Wer sich bei solchen Problemen auf Lobbyisten und Banker verlässt, selbst aber nicht zu dieser Klasse zählt, darf sich indes nicht wundern, wenn er am Ende des Sommers der Reformen ärmer dasteht als zuvor.

https://www.jungewelt.de/artikel/521171.wirtschaftskrise-unten-nehmen-oben-geben.html